

Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld



-öffentlich-

Vorlagennummer

4989/23 A

Krefeld, 03.07.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration	30.08.2023	beschließend

Betreff

Zukunft der Schuldner- und Insolvenzberatung in Krefeld – Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration beschließt:

1. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen von SkF (Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Krefeld) und SKM (Katholischer Verein für soziale Dienste in Krefeld e. V.) sollen erhalten bleiben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit den vorgenannten Trägerschaften, notwendige Schritte zu ergreifen, um zu verhindern, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vorgenannten Trägerschaften entlassen werden müssen.
3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 bereits Mittel in der Höhe des Haushaltsplans 2022 für SkF und SKM einzustellen und diese angepasst an die zwischenzeitliche Inflation fortzuschreiben.

Begründung

Mit dem Beschluss zum Haushaltsplan 2023 wird für die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht weiter mit SkF und SKM geplant – ohne dass mit den Trägerschaften der Schuldner- und Insolvenzberatung darüber beraten wurde. Dort wurden aufgrund von Landesförderungen sowie der von den Institutionen eingesetzten Eigenmittel die städtischen Mittel besonders effektiv verwendet (in Summe 85.400 Euro für 3,6 Vollzeitstellen). Beide Trägerschaften verfügen über ein breites Netzwerk und umfangreiche Hilfsangebote.

Beide Trägerschaften müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, wenn die kommunale Zuweisung der Stadt Krefeld ab 2024 final entfällt. Aufgrund der langjährigen Zugehörigkeiten dieser Personen, müssen die Kündigungen mit entsprechend langem Vorlauf erfolgen. Die CDU-Fraktion beantragt nun, dass es nicht dazu kommt. Die in der Vergangenheit aufgewandten städtischen Mittel waren effizient eingesetzt. Der Aufbau einer neuen Landschaft von Beratungs- und Hilfeangeboten mit Diakonie und Verbraucherzentrale kann die Mittel nicht so effizient einsetzen – zumal die Verbraucherzentrale derzeit noch kein anerkannter Träger der Insolvenzberatung im Sinne der Insolvenzordnung ist.

gez.

Britta Oellers MdL

Sprecherin im Ausschuss für Soziales,
Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion,
Senioren und Integration